

V2536 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Abbau von Wahlbürokratie"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Die Durchführung der Wahlen in Köniz wird wie folgt angepasst. Soweit nötig, legt der Gemeinderat dem Parlament die Anpassung der entsprechenden Rechtsgrundlagen vor.

1. Wählergruppen, die bereits im Parlament und/oder im Gemeinderat vertreten sind, müssen ihre Listen nicht mehr durch zehn Stimmberechtigte unterzeichnen lassen, sondern für die Liste nur eine Vertretung und deren Stellvertretung festlegen.
2. Die Vertretung einer Liste und deren Stellvertretung dürfen auf dieser Liste zur Wahl vorgeschlagen werden.
3. Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen müssen nur noch von der Vertretung der beteiligten Listen oder deren Stellvertretung unterzeichnet werden.
4. Um innerhalb einer Listenverbindung eine Unterlistenverbindung zu bilden, ist das Einverständnis nicht nur von den an der Unterlistenverbindung beteiligten Listen, sondern von sämtlichen Listen der Listenverbindung erforderlich.
5. Wichtige Einreichungs- und Abgabetermine liegen in der Regel nicht mehr in der Schulferienzeit.
6. Auf die Publikation von listenübergreifenden Ranglisten bei Proporzahlen wird verzichtet.

Begründung

Bei der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2025 kam aus Sicht der Motionärinnen und Motionäre Verbesserungsbedarf im Kleinen zum Vorschein. Mit der vorliegenden Motion soll dieser angegangen werden.

Vorbemerkung 1: Dieser Vorstoss betrifft nicht das Wahlverfahren (z. B. Frage, ob Proporz oder Majorz; Wahl des Sitzzuteilungsverfahrens).

Vorbemerkung 2: Mit diesem Vorstoss wird keine Kritik an der Durchführung der Wahlen 2025 geübt. Diese war, soweit es die Motionäre und Motionärinnen beurteilen können, rechtskonform und korrekt.

Zu Ziffer 1: Heute müssen Wählergruppen, die eine Liste fürs Parlament oder den Gemeinderat einreichen wollen, mindestens zehn Unterschriften von Stimmberechtigten beibringen, damit sie die Liste einreichen dürfen. Damit wird sichergestellt, dass Wahlvorschläge nur zugelassen werden, wenn sie zumindest eine minimale Abstützung in der Bevölkerung haben. Bei Wählergruppen, die bereits in Parlament und/oder Gemeinderat vertreten sind, kann die Abstützung in der Bevölkerung als gegeben betrachtet werden. Es genügt, wenn solche Wählergruppen pro Liste eine Vertretung und eine Stellvertretung angeben. Diese einfache Regelung hat sich in anderen Gemeinwesen bewährt.

Zu Ziffer 2: Die Koordination innerhalb der Wählergruppe wird vereinfacht, wenn Vertretung und Stellvertretung der Liste selbst auf der Liste kandidieren dürfen. Ansonsten müssen häufig Personen mit dieser Aufgabe beauftragt werden, die nicht im Kernteam der Wählergruppe sind, weil bereits das ganze Kernteam kandidiert. Auch diese Regelung wird in anderen Gemeinwesen praktiziert.

Zu Ziffer 3: Heute müssen sämtliche Personen, die eine der zehn Unterschriften für die Einreichung einer Liste geben, auch das Formular für die Einreichung einer Listenverbindung unterschreiben. Diese Doppelspurigkeit ist unnötig. Die Unterzeichnung der Listenverbindungen kann der Listenvertretung und deren Stellvertretung überlassen werden.

Zu Ziffer 4: Heute ist es möglich, eine Unterlistenverbindung einzureichen, ohne dass alle Partner der «Oberlistenverbindung» ihr Einverständnis dazu erklärt haben. So wäre beispielsweise folgendes Szenario möglich: A+B+C+D vereinbaren eine Listenverbindung. B+C vereinbaren zusätzlich eine Unterlistenverbindung, ohne A und D darüber zu informieren. Unterlistenverbindungen können arithmetisch relevant sein. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss für Unterlistenverbindungen daher das Einverständnis aller Partner der «Oberlistenverbindung» vorliegen. Dies ist heute – erstaunlicherweise – nicht der Fall.

Hinweis: Die Ziffern 3 und 4 werden obsolet, falls im Zuge des Wechsels des Sitzzuteilungsverfahrens die Listenverbindungen abgeschafft werden.

Zu Ziffer 5: Die Fristen für die Einreichung von Listen, von Listenverbindungen sowie von Werbematerial liegen heute, bei einer Wahl im September, mitten in den Sommerferien. Dies stellt für viele Wählergruppen, die allesamt Milizorganisationen sind, eine Herausforderung dar. Den Motionärinnen und Motionären ist bewusst, dass die Fristen auch für die Verwaltung knapp sind. Ebenso ist bekannt, dass es den Wählergruppen freisteht, die Fristen freiwillig zu unterschreiten. Allerdings können nicht alle von den Wählergruppen zu erfüllenden Aufgaben beliebig vorgezogen werden: die Einreichung des Wahlprospekts kann erst erfolgen, wenn die Kandidatennummern von der Verwaltung bekanntgegeben wurden. Dies geschieht erst nach Ablauf der Frist für die Einreichung von Listen. Der zeitliche Spielraum der Wählergruppen für Finalisierung und Druck ihrer Wahlprospekte ist so äusserst knapp und zudem in der Ferienzeit. Den Wählergruppen wäre mehr geholfen, wenn diese Fristen schon vor den Sommerferien lägen. Darauf können sich Milizorganisationen einstellen, wenn sie die Termine früh genug kennen.

Zu Ziffer 6: Am Wahltag werden heute offizielle Listen publiziert, auf denen sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten nach der Anzahl der erhaltenen Stimmen rangiert werden. Der Vergleich der Stimmen zweier Personen, die auf unterschiedlichen Listen kandidiert haben, sagt allerdings nichts über die individuelle Performance dieser zwei Personen aus, wenn die Listen sich im Wähleranteil stark unterscheiden: eine Person auf einer Liste, die 20 Prozent Wähleranteil hat, wird in aller Regel deutlich mehr Stimmen erhalten als eine Person auf einer Liste mit 5 Prozent Wähleranteil. Hinzu kommt, dass manche Personen vorkumuliert sind, andere nicht. Auch dies hat immensen Einfluss auf die Stimmenzahl. Listenübergreifende Ranglisten haben also keinerlei Aussagekraft. Sie sind, im Gegenteil, sogar irreführend.

Eingereicht

10.11.2025

Unterschrieben von 19 Parlamentsmitgliedern

Christina Aebischer, Sandra Röthlisberger, Roland Akeret, Roger Tanner, Casimir von Arx, Fabienne Marti, Katja Streiff, Christine Müller, Andreas Hauser, Matthias Müller, Monika Röthlisberger, Sladjan Petrovic, Toni Eder, Lukas Erni, Laura Hoffman, Sara Gasser, Klaus von Muralt, David Müller, Arlette Mürger

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1-5 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 6 eine Richtlinie vor.

2. Bericht

Der Gemeinderat erläutert im Folgenden die einzelnen Anliegen entlang der aufgeführten 6 Punkte. Für die Punkte 1-4 wurden die entsprechenden Regelungen in den Städten Bern, Burgdorf und Thun konsultiert.

1. Wählergruppen, die bereits im Parlament und/oder im Gemeinderat vertreten sind, müssen ihre Listen nicht mehr durch zehn Stimmberechtigte unterzeichnen lassen, sondern für die Liste nur eine Vertretung und deren Stellvertretung festlegen

Gemäss Art. 27 Abs. 2 bst c Reglement über Abstimmungen und Wahlen (RAW) müssen die Listen von mindestens zehn Stimmberechtigten unterzeichnet sein. In Thun und Burgdorf gilt bereits die Regelung, dass eine politische Gruppierung die bei den letzten Wahlen mindestens einen Sitz im Stadtrat (Thun auch Gemeinderat) erhalten hat, keine Unterschriften einreichen muss. Bern strebt die Vereinfachung mittels Reglementsänderung für den Stadtrat an; keine Änderung soll beim Gemeinderat erfolgen.

Der Gemeinderat kann das Anliegen zwar grundsätzlich nachvollziehen, empfindet die heutige Regelung aber als praktikabel und nicht übermässig aufwändig. Die Anpassung würde dagegen eine Anpassung des RAW erfordern, welche gemäss Art 32 Bst. c Gemeindeordnung der Stimmbevölkerung vorgelegt werden muss. Aus Sicht des Gemeinderats scheint der Aufwand für eine Anpassung des RAW (Volksabstimmung) im Verhältnis zum Nutzen nicht angemessen.

2. Die Vertretung einer Liste und deren Stellvertretung dürfen auf dieser Liste zur Wahl vorgeschlagen werden

Wer in Köniz auf einer Liste zur Wahl vorgeschlagen wird, darf die betreffende Liste nicht unterzeichnen (Art. 27 Abs. 5 RAW). In Burgdorf gilt dieselbe Regelung wie in Köniz. In Thun und Bern ist die Unterzeichnung des eigenen Wahlvorschlags zulässig.

Eine Umsetzung dieser Motionsforderung würde bedeuten, dass Kandidierende den eigenen Wahlvorschlag einreichen könnten. Allerdings sollte auch diese Regelung nur für Wählergruppen zur Anwendung gelangen, die bereits im Parlament und/oder im Gemeinderat vertreten sind. Nach Ansicht des Gemeinderats ist auch dieses Anliegen grundsätzlich nachvollziehbar, obwohl die heutige Regelung praktikabel und nicht nachteilig ist. Für die Umsetzung des Anliegens wäre ebenfalls eine RAW Anpassung mit Volksabstimmung nötig. Auch hier scheint dem Gemeinderat der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen nicht angemessen.

3. Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen müssen nur noch von der Vertretung der beteiligten Listen oder deren Stellvertretung unterzeichnet werden

Thun und Burgdorf können zwei oder mehr Listen durch übereinstimmende Erklärung der Unterzeichnenden miteinander verbunden werden. In Bern können die Vertretungen der beteiligten politischen Gruppierungen die Anmeldung der Listenverbindung gemeinsam unterzeichnen.

In Köniz müssen Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen der Gemeinde bis zum 69. Tag (zehntletzten Montag) vor dem Wahltag um 17.00 Uhr durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Unterzeichnender oder Vertretungen der betroffenen Listen gemeldet werden (Art. 31 Abs. 3 RAW).

Somit ist die Unterzeichnung der Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen durch die Vertretungen der betroffenen Listen bereits mit dem aktuellen Reglement möglich und der Gemeinderat ist bereit, dies umzusetzen. Eine Anpassung des Reglements ist hierfür nicht notwendig.

4. Um innerhalb einer Listenverbindung eine Unterlistenverbindung zu bilden, ist das Einverständnis nicht nur von den an der Unterlistenverbindung beteiligten Listen, sondern von sämtlichen Listen der Listenverbindung erforderlich

Analog Köniz hat auch Thun, Bern und Burgdorf hierzu keine detaillierte gesetzliche Grundlage. In der Stadt Bern haben bei den letzten beiden Wahlen (2020 und 2024) alle Vertretungen der Listenverbindung jeweils die Erklärung der Unterlistenverbindungen unterschrieben. In Burgdorf wird überprüft, ob die Listen-/Unterlistenverbindungen übereinstimmend sind. Falls Parteien oder politische Gruppierungen Verbindungen aufgeführt haben, die nicht deckungsgleich sind, wird bei allen Beteiligten die Zustimmung eingeholt.

Nach Ansicht des Gemeinderats ist die heutige Regelung praktikabel und nicht nachteilig. Auch hierfür wäre eine Anpassung des RAW mit Volksabstimmung erforderlich, was dem Gemeinderat nach einer Abwägung zwischen Aufwand und Nutzen nicht angemessen erscheint.

5. Wichtige Einreichungs- und Abgabetermine liegen in der Regel nicht mehr in der Schulferienzeit

Die Einreichungs- und Abgabetermine wurden bei der letzten Anpassung des RAW überprüft und so angepasst, dass alle Prozessschritte sorgfältig aufeinander abgestimmt sind. Die Termine werden frühzeitig bekanntgeben. Wie bereits aufgeführt, können die Wählergruppen ihr Listen auch vor den Fristen bei der Gemeindekanzlei einreichen. Als Hauptgrund für eine Ausdehnung der Frist wird von den Motionär:innen angegeben, dass die Parteien/Wählergruppen die definitiven Kandidierendennummern für den Druck der Wahlprospekte benötigen. Nach Ansicht des Gemeinderats ist dies nicht notwendig: Die Wähler:innen wählen Personen, die Angabe des Namens der/des Kandidierenden ist ausreichend, damit die abgegebene Stimme gültig ist. Die Praxis hat zudem gezeigt, dass die Angabe der Kandidierendennummern auf den Wahlprospekten fehleranfällig ist.

Der Gemeinderat beantragt deshalb die Ablehnung dieses Motionsanliegens.

6. Auf die Publikation von listenübergreifenden Ranglisten bei Proporzahlen wird verzichtet

Die Gemeinde publiziert nach den Wahlen verschiedene Zahlen mit dem Ziel der grösstmöglichen Transparenz für alle Beteiligten, Wahlberechtigten und Interessierten. Die Resultate sind insbesondere bei den Proporzwahlverfahren (Gemeinderat und Parlament) und aufgrund der Möglichkeit von Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen nicht immer auf den ersten Blick nachvollziehbar.

Auf der Webseite der Gemeinde werden deshalb folgende Listen publiziert: *Gemeindepräsidium* Resultate; *Gemeinderat*: Kennzahlen Gemeinderat; Parteistimmen Gemeinderat; Verteilung der Sitze Gemeinderat; Gewählte Kandidierende Gemeinderat; Kandidierenden Stimmen Gemeinderat; Sitzverteilung, Wähleranteil, Vorwahlvergleich Gemeinderat; Auswertung Wahlzettel Gemeinderat; Listen insgesamt, veränderte und unveränderte Listen Gemeinderat; Stimmenanteile nach Listenverbindungen Gemeinderat; Stimmen insgesamt, veränderte und unveränderte Listen Gemeinderat; Detailresultate Gemeinderat; *Parlament*: Kennzahlen Parlament; Parteistimmen Parlament; Verteilung der Sitze Parlament; Gewählte und nachrückende Kandidierende Parlament; Sitzverteilung, Wähleranteil, Vorwahlvergleich Parlament; Kandidierenden Stimmen Parlament; Auswertung Wahlzettel Parlament; Listen insgesamt, veränderte und unveränderte Listen Parlament; Stimmenanteile nach Listenverbindungen Parlament; Detailresultate Parlament).

Der Gemeinderat sieht keinen objektiven Grund, weshalb die Liste, nach welcher sämtliche Kandidat:innen nach der Anzahl der erhaltenen Stimmen rangiert werden, nicht transparent gemacht werden soll. Die Aussage, dass listenübergreifende Ranglisten keinerlei Aussagekraft haben oder sogar irreführend sein sollten, kann er nicht nachvollziehen. Eine Liste mit der Reihenfolge, welche Kandidat:innen wie viele Wähler:innenstimmen erhalten haben, dürfte durchaus von Interesse sein und es kann interessierten Bürger:innen zugemutet werden, diese Zahlen angemessen einzuordnen und zu bewerten.

Der Gemeinderat beantragt deshalb die Ablehnung dieses Motionsanliegens.

Fazit

Der Gemeinderat beantragt alle Punkte ausser Punkt 3 abzulehnen.

Für eine Umsetzung der Punkte 1, 2 und 4 müsste wie oben ausgeführt das RAW angepasst werden, d.h. es wäre eine Volksabstimmung erforderlich. Dieser Aufwand scheint dem Gemeinderat im Verhältnis zum Nutzen nicht angemessen. Aus diesem Grund lehnt er diese Punkte ab.

Die Punkte 5 und 6 der Motion lehnt er inhaltlich ab.

Der Gemeinderat ist bereit, Punkt 3 umzusetzen, da dies gemäss heutiger Reglementsbestimmung bereits möglich ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Punkte 1, 2, 4, 5 und 6 werden abgelehnt.
- Punkt 3 wird erheblich erklärt.
- Punkt 3 wird abgeschrieben.

Köniz, 13. März 2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 28. November 2025



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 28. November 2025 rc

V2536 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Abbau von Wahlbürokratie"

Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, soweit nötig, dem Parlament die Anpassung der entsprechenden Rechtsgrundlagen vorzulegen.

1. Wählergruppen, die bereits im Parlament und/oder im Gemeinderat vertreten sind, müssen ihre Listen nicht mehr durch zehn Stimmberechtigte unterzeichnen lassen, sondern für die Liste nur eine Vertretung und deren Stellvertretung festlegen.
2. Die Vertretung einer Liste und deren Stellvertretung dürfen auf dieser Liste zur Wahl vorgeschlagen werden.
3. Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen müssen nur noch von der Vertretung der beteiligten Listen oder deren Stellvertretung unterzeichnet werden.
4. Um innerhalb einer Listenverbindung eine Unterlistenverbindung zu bilden, ist das Einverständnis nicht nur von den an der Unterlistenverbindung beteiligten Listen, sondern von sämtlichen Listen der Listenverbindung erforderlich.
5. Wichtige Einreichungs- und Abgabetermine liegen in der Regel nicht mehr in der Schulferienzeit.
6. Auf die Publikation von listenübergreifenden Ranglisten bei Proporzahlen wird verzichtet.

Die Anliegen der Motionär:innen in den Ziffern 1-5 sind im Reglement über Abstimmungen und Wahlen festgehalten. Gemäss Art. 32 bst. c) beschliessen die Stimmberechtigten den Erlass, die Änderung und die Aufhebung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen.

Die Publikation der Wahlergebnisse ist Bestandteil der Verordnung über Abstimmungen und Wahlen (Art. 28 Abst. 1 bst. d).

Fazit: Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf Ziffer 1-5 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf Ziffer 6 eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin

